

St. Johannis

Pastor
Gerhard
Schridde zeigt
die sanierte
Kirche Seite 12



THEMEN DES TAGES

REGION

Pannen und Wahrheitssuche: Der Fretterode-Prozess

Vor dem Landgericht Mülhausen müssen sich seit September zwei junge Männer verantworten, die vor mehr als drei Jahren zwei Journalisten in Nordthüringen überfallen haben sollen. Dazu, was damals geschehen ist, gehen die Angaben weit auseinander – während zuletzt vor allem die Polizei in die Kritik geraten ist. Seite 13

Frische Luft an Radolfshäuser Grundschulen

Die Finanzierung ist beschlossen: An den Grundschulen der Samtgemeinde Radolfshausen sollen raumlufttechnische Anlagen eingebaut werden. Der Rat hat einstimmig für die Auszahlung der notwendigen Mittel gestimmt. Dafür investiert die Verwaltung zusätzlich zur Förderung rund 320 000 Euro. Seite 14

WIRTSCHAFT

Chinas Wachstum ausgebremst

Auch das Wirtschaftswachstum Chinas wird derzeit ausgebremst. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg im Zeitraum Juli bis September um 4,9 Prozent gegenüber dem Vorquartal und damit so langsam wie seit einem Jahr nicht mehr. Schuld sind unter anderem Lieferengpässe. Seite 18

PANORAMA

Mädchen in Händen von Sekte?

Nach dem Verschwinden eines elfjährigen Mädchens in Schwaben gibt es Hinweise, dass das Kind im Umfeld der umstrittenen Sekte „Zwölf Stämme“ ist. Es sei bei dem Pflegevater der Schülerin eine E-Mail eingegangen, die mutmaßlich der Sekte zuzuordnen sei, teilte das Polizeipräsidium Augsburg am Montag mit. Seite 24

WETTER



Börse	16	Wirtschaft	17, 18
Rätsel	15	Wetter	23
Panorama	24	Medien	23
Wissenschaft	10	Fernsehprogramm	22

SO ERREICHEN SIE UNS

Anschrift	37070 Göttingen
Redaktion	0551/901-0
redaktion@goettinger-tageblatt.de	
Anzeigen	0800/1234-405
anzeigen@goettinger-tageblatt.de	
AboService	0800/1234-301
vertrieb@goettinger-tageblatt.de	



4 190330 302007

Die Suche hat begonnen

Es wird sondiert: Bis zu 80 Weltkriegsbomben könnten im Göttinger Erdreich liegen. Seit gestern untersuchen Mitarbeiter einer Spezialfirma die Verdachtspunkte. Seite 7



FOTO: CHRISTINA HINZMANN

Preisschock bei Diesel: Niedersachsen will höhere Pendlerpauschale

Diesel ist in Deutschland inzwischen so teuer wie noch nie /
Im bundesweiten Tagesdurchschnitt lag der Preis bei 1,555 Euro pro Liter

Von Marco Seng
und Theresa Münch

Hannover. Seit Monaten steigen die Kosten an den Zapfsäulen, jetzt werden Preisrekorde geknackt. Diesel ist in Deutschland inzwischen so teuer wie noch nie. Im bundesweiten Tagesdurchschnitt des Sonntags lag der Preis bei 1,555 Euro pro Liter, wie der ADAC am Montag mitteilte. Auch für Superbenzin ist der Höchststand nicht mehr weit entfernt. Der Automobilclub mahnt deshalb eine Entlastung für Pendler an. Aus Niedersachsen gibt es Forderungen nach einer höheren Pendlerpauschale.

„CO₂-Abgabe und Rohöl-Nachfrage treiben den Spritpreis derzeit in die Höhe und belasten Privathaushalte und Unternehmen“, sagte Niedersachsens Wirtschaftsminister Bernd Althausmann (CDU). Mobilität dürfe aber kein Luxus werden – gerade auf dem Land gebe es zum Pkw mit Verbrennungsmotor bislang kaum Alternativen. „Bei weiterhin rasant steigenden Spritpreisen muss die Bundespolitik han-

deln und an anderer Stelle für Entlastung sorgen, etwa durch eine höhere Pendlerpauschale“, sagte Althausmann. Auch Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) brachte in einem Interview eine Erhöhung der Pauschale ins Spiel.

Es sei „schwer erträglich“, dass Mobilität für viele nicht mehr bezahlbar sei, sagte die Sprecherin des ADAC Niedersachsen, Christine Rettig. „Die Pendler werden am meisten belastet.“ Die Politik müsse das jetzt regulieren. ADAC-Verkehrspräsident Gerhard Hillebrand warnte davor, die Bevölkerung zu überfordern. „Ich hoffe – und gehe angesichts der aktuellen Spritpreissteigerung davon aus, dass ein noch schneller ansteigender CO₂-Preis vom Tisch ist“, sagte Hillebrand.

Kosten für Gütergewerbe steigen

Das fordert auch das Gütergewerbe. „Man müsste überlegen, ob man die Erhöhung der CO₂-Steuer zum 1. Januar aussetzt“, sagte Christian Richter, Landesgeschäftsführer der Fachvereinigung Güterkraftver-



CO₂-Abgabe
und Rohöl-
Nachfrage
treiben den
Spritpreis
derzeit in die
Höhe.

Bernd Althausmann
(CDU),
Niedersachsens
Wirtschaftsminister

kehr des Gesamtverbands Verkehrsgewerbe Niedersachsen. Der Dieselpreis sei von September 2020 bis September 2021 um rund 37 Prozent gestiegen, die Gesamtkosten für das Gewerbe damit um rund neun Prozent. „Es besteht dringender Handlungsbedarf.“ Richter verwies auf den Preisvorteil für osteuropäische Konkurrenten beim Kraftstoff.

Benzin nähert sich Höchststand

Der Diesel-Preis hatte am Montag den bisherigen Rekord vom 26. August 2012 minimal übertroffen. Auch Benzin nähert sich dem Höchststand: Super der Sorte E10 lag am Sonntag bei 1,667 Euro pro Liter. Damit fehlen nur noch 4,2 Cent zum Rekord vom 13. September 2012.

Preistreiber ist vor allem der Ölpreis. Er zieht mit dem Wiederaufschwung der Konjunktur nach dem Corona-Schock an und hat sich binnen Jahresfrist in etwa verdoppelt. Beim Diesel wird der Anstieg zudem durch die herbsttypische hohe Nachfrage nach Heizöl verstärkt.

Seit Jahresbeginn sorgt der Kohlendioxid-Preis von 25 Euro pro Tonne für einen zusätzlichen Aufschlag von rund 6 bis 8 Cent je Liter inklusive Mehrwertsteuer.

Bundesregierung unternimmt nichts

Ein großer Teil des Kraftstoffpreises an der Zapfsäule sind Mineralölsteuer, Mehrwertsteuer und CO₂-Preis: Bei Diesel macht das auf dem aktuellen Preisniveau rund 78 Cent pro Liter aus, bei Superbenzin zwischen 97 und 98 Cent. Die aktuelle Bundesregierung sieht allerdings kaum Möglichkeiten, die Höhe der Spritpreise zu beeinflussen. Diese hängen von Großhandelspreisen ab, sagte eine Sprecherin des Bundeswirtschaftsministeriums.

Die Grünen in Niedersachsen warfen der Groko vor, die soziale Abfederung total zu vernachlässigen. „Heizen und Mobilität müssen bezahlbar bleiben“, sagte die Landtagsabgeordnete Imke Byl. Die Grünen wollen alle Einnahmen aus dem CO₂-Preis über ein Energiegeld an die Bürger zurückgeben.

Polen rügt deutsches System der Richterwahl

Justizminister in Warschau wirft Berlin „Politisierung“ vor und schaltet höchstes EU-Gericht ein

Von Doris Heimann

Warschau. Polen fordert eine Überprüfung des deutschen Systems zur Nominierung von Richtern am Bundesgerichtshof durch den Europäischen Gerichtshof (EuGH).

Einen entsprechenden Antrag werde er im Kabinett stellen, sagte Justizminister Zbigniew Ziobro am Montag in Warschau. Gegen Deutschland solle ein Verfahren angestrengt werden, weil die Politisierung der Richternominierung gegen EU-Verträge verstoße. Ziobro sagte, wenn der EuGH versichere, dass die Beteiligung von Politikern an

der Auswahlprozedur für Richter in Polen die Unabhängigkeit dieser Richter infrage stelle, dann stelle Polen die Frage, welchen Einfluss so eine Beteiligung auf die Unabhängigkeit künftiger Richter am Bundesgerichtshof habe.

Polens nationalkonservative PiS-Regierung baut das Justizwesen seit Jahren um. Kritiker werfen ihr vor, Richter unter Druck zu setzen. Die EU-Kommission hat wegen der Reformen Vertragsverletzungsverfahren gegen Warschau eröffnet und Klagen beim EuGH eingereicht.

Im Juli hatte der EuGH geurteilt, die 2018 eingerichtete



Sucht den Konflikt: Zbigniew Ziobro, Justizminister von Polen.

FOTO: MATEUSZ MAREK/DPA

Disziplinarkammer an Polens Oberstem Gericht biete nicht alle Garantien für Unabhängigkeit und Unparteilichkeit. Ausgewählt werden die Mitglieder der Disziplinarkammer vom Landes-

justizrat. Der EuGH kritisierte, der Landesjustizrat sei ein Organ, das „von der polnischen Exekutive und Legislative wesentlich umgebildet wurde“, an seiner Unabhängigkeit gebe es Zweifel.

Ziobro argumentierte nun, in Deutschland würden Richter für Bundesgerichte vom Richterausschuss gewählt, der nur aus Politikern bestehe. Dem Gremium gehören die 16 Justizminister der Länder sowie 16 weitere Mitglieder an, die vom Bundestag bestimmt werden. Damit sei der Ausschuss stärker politisiert als Polens Landesjustizrat, sagte Ziobro.

Colin Powell an Corona gestorben

Washington. Der frühere US-Außenminister Colin Powell ist infolge von Komplikationen nach einer Corona-Infektion gestorben. Powell, einstiger Chef des Generalstabs der US-Streitkräfte, starb am Montag im Alter von 84 Jahren, wie seine Familie mitteilte. Powell sei vollständig gegen das Coronavirus geimpft gewesen, hieß es. „Wir haben einen herausragenden und liebevollen Ehemann, Vater, Großvater und einen großen Amerikaner verloren“, erklärte die Familie.



Colin Powell
FOTO: MICHAEL REYNOLDS/DPA